

SPIEGEL Titel

„Hoffentlich hält das vier Jahre“

Mit acht Sitzen Mehrheit ist die Koalition noch einmal davorgekommen — ein zu knapper Sieg für weitere vier Jahre sozialliberaler Regierung? CDU-Chef Kohl speku-

liert nach seinem großen Wahlerfolg darauf, daß das SPD/FDP-Bündnis nicht lange hält und er mit Hilfe der Liberalen dann doch noch zum Kanzler gewählt wird.

Helmut Schmidt saß an seinem Schreibtisch im Bundeskanzleramt, arbeitete Akten auf, bei ihm nur Frau Loki. Dann, um 19.20 Uhr am Wahlsonntagabend — die ersten Hochrechnungen hatten gerade ein Plus von nur sechs Sitzen für die sozialliberale Koalition signalisiert — hielt es den Kanzler nicht mehr länger bei der Lektüre.

Er griff zum Telefon und wählte die Geheimnummer von Hans-Dietrich Genscher, der im Gästehaus des Auswärtigen Amtes auf dem Bonner Venusberg vor dem Fernseher saß. Schmidt vergewisserte sich beim Bündnispartner, ob man denn beieinander bleibe, so wie vorher verabredet.

Genschers Antwort war ein klares Ja — für Bonn. Wie es in den Ländern weitergehen soll, darauf wollte der FDP-Chef keine verbindliche Auskunft geben, jetzt, nur eine Stunde nach dem Rücktritt des über Affären gestürzten hessischen SPD-Ministerpräsidenten Albert Osswald (siehe Seite 34).

Müde und abgespannt machte sich Schmidt dann auf den Weg ins SPD-Hauptquartier. Doch als er aus dem Halbdunkel des Treppenhauses in das Scheinwerferlicht der Fernseh-Teams trat, warf er sich in Positur: ganz der Sieger, lachend und zähneblekend.

Die — knappe — Mehrheit schien gerettet, trotz des erwarteten Stimmenrückgangs der SPD und trotz des unerwarteten Abbröckelns der Freidemokraten. Den eigentlichen Sieg aber kassierten die Unierten unter Helmut Kohl mit dem zweithöchsten Ergebnis ihrer Geschichte; die absolute Mehrheit, sichtbares Zeichen ihres Triumphes, war allerdings knapp verfehlt.

Fast zwei Stunden später, inzwischen hatten die Hochrechner zehn Mandate Vorsprung für das SPD/FDP-Lager gemeldet, gab sich der Kanzler forsch wie eh und je. Beim Dank an die SPD-Wahlhelfer, die sich in der Kantine der Par-



CDU-Chef Kohl: „Ich werde mich jetzt des Lebens freuen“

teizentrale versammelt hatten, riß er die Genossen zum Jubel hin, einige Fäuste reckten sich zum Sozialistengruß: „Mehrheit ist Mehrheit, auch wenn ich sie mir schöner hätte vorstellen können.“

Zwanzig Minuten später regierte Schmidt bereits wieder. Zurück im Kanzleramt, befahl er, jetzt bei Präsident Gerald Ford zurückzurufen, der kurz zuvor angeläutet hatte. Um zwanzig nach neun stellte Chefsekretärin Lilo Schmarsow durch: „Über Vermittlung Frankfurt, Präsident Ford.“ Der Amerikaner gratulierte doppeldeutig: „Sie haben das verdient.“

Im Kanzler-Vorzimmer lösten sich Spannung und Schock in Witzeleien. Bundesbank-Präsident Karl Klasen, ein

persönlicher Freund des Ehepaares Schmidt, rief zur Kanzler-Frau: „Hallo, Loki, gut, daß wir mit sechs angefangen haben.“ Und über den mit einer Minderheit im Kongreß regierenden Telefonpartner ihres Mannes: „Der Ford wäre froh, wenn er so viele Sitze mehr hätte.“

Bei den Freidemokraten, die von ihrer Neun-Prozent-Erwartung aus den Prognosen vor der Wahl in das Tief der Hochrechnungszahlen unter acht Prozent abgesackt waren, herrschte derweil düstere Stimmung. Nach Genschers geschicktem Wahlkampfauftritt im Fernsehen am letzten Donnerstag waren auch die vorsichtigsten Parteiarbeiter vom Optimismus angesteckt worden. Und jetzt dies: Der klei-



Bundeskanzler Schmidt: „Mehrheit ist Mehrheit, auch wenn ich sie mir schöner hätte vorstellen können“



CSU-Chef Strauß, FDP-Chef Genscher: „Für die FDP beginnen jetzt härtere Tage“

nere Koalitionspartner hatte als Auf-
fangbecken für die Verluste der Sozial-
demokraten nicht dienen können, der
zu knappe Sieg der Koalition schmeck-
te fad.

Genscher im FDP-Präsidium: „Wir
haben getan, was wir konnten, mehr
war nicht drin.“

Der Erfolg ist dünn, angesichts der
schweren Aufgaben, die die neue Bun-
desregierung in Bonn lösen muß — von
der Sanierung der Rentenfinanzen bis
zu den Streckenstilllegungsplänen der
Bahn, von der Sorge um zusätzliche
Arbeitsplätze bis zu dem Zwang, die
Staatsverschuldung zu drosseln. Das
Regieren wird um so schwieriger ange-
sichts der Unionsmehrheit im Bundes-
rat und einer zur größten Bundestags-

fraktion erstarkten CDU/CSU, die nur
noch um fünf Mandate von der absolu-
ten Mehrheit entfernt ist. Sie stellt nach
vier Jahren wieder den Bundestagsprä-
sidenten, Abschied der SPD-Parla-
mentsvorsteherin Annemarie Renger
vom zweithöchsten Staatsamt.

Dennoch sah FDP-Chef Genscher
später am Abend seine Welt schon
nicht mehr so dunkel. Als Erklärung
für den Rückfall der Freidemokraten
gegenüber dem Ergebnis, das sein Vor-
gänger Walter Scheel 1972 erzielt hat-
te, bot er an: In absoluten Zahlen habe
die dritte Partei ihr Stammwähler-Po-
tential nach oben ausbauen können,
nur in der Relation zu den beiden gro-
ßen Parteien sei das Ergebnis wegen
der hohen Wahlbeteiligung optisch
nicht so schön ausgefallen.

Außerdem hätten die Freidemokra-
ten die Zweitstimmen-Werbung der
beiden Großen zu spüren bekommen.
Leihstimmen von der SPD — wie noch
bei den letzten Bundestagswahlen —
waren diesmal kaum noch zu holen.
Der derzeitige Prozentsatz setze sich, so
Genscher, aus echten Liberalen zu-
sammen: „Unser Wählerkern hat sich
stabilisiert.“

In der FDP-Zentrale traute sich zu-
nächst niemand aus der zweiten Reihe
der Politiker, das unverhofft magere
Ergebnis zu kommentieren. Selbst der
sonst so gesprächige Wirtschaftsexperte
Otto Graf Lambsdorff zeigte sich von
einer ganz ungewohnten Seite:
„Schweigen ist jetzt richtig.“

Als dann die FDP-Größen endlich
vom Venusberg herabkamen, trugen sie

vor, was sie im AA-Gästehaus als Sprachregelung vereinbart hatten. Innenminister Werner Maihofer spielte auf die Wahlkampf-Slogans seiner eigenen Partei und die der Union an und meinte: „Die Leistung ist gewählt, die Lumperei mit Freiheit statt Sozialismus ist nicht aufgegangen.“ Und FDP-Mann Burkhard Hirsch, Innenminister von Nordrhein-Westfalen, gab die Parole aus: „Es ist wie im Zirkus, die große Nummer wird gemacht.“

Die Liberalen dürfen mit einem sicher rechnen: Bonns Sozialdemokraten werden in den nächsten Monaten und Jahren ihren geschwächten Partner nicht durch Extra-Touren erschrecken. Das Gespann Schmidt/Genscher kann mit einer Sozialdemokratischen Partei



Bundestagspräsidentin Renger
Zweithöchstes Amt für die Union

rechnen, die Rücksicht auf die labilen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag nehmen muß.

Schmidt, der vor seinen Genossen mit dem zweitbesten Stimmergebnis (42,6 Prozent) in der Geschichte der Sozialdemokraten gar nicht so schlecht dasteht, darf darauf rechnen, daß Querschüsse von links ausbleiben. Zu groß wäre sonst das Risiko, daß — wie einst im sechsten Bundestag unter Willy Brandt — die schmale Mehrheit abbröckelt, weil verschreckte Liberale aus Angst vor Sozialismus-Parolen das Weite suchen.

Schon am Wahlabend warnte FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs die SPD davor, die FDP unter ungebührlichen Druck zu setzen, und vor dem Versuch, den Einfluß der Freidemokraten in der Regierung etwa mit Rücksicht auf die SPD-Linke zu

RUDOLF AUGSTEIN

Und dennoch: ein Sieg

Wir haben die Wähler nicht gemietet.

Herbert Wehner in der Wahlnacht

Es hat nicht sollen sein. Die Jahrtausend-Entscheidung in dem unerhörten geistes- und ideengeschichtlichen Ringen zwischen Freiheit und Unfreiheit wurde von den Wählern der Bundesrepublik noch einmal aufgeschoben, ja, man muß fürchten, die Mehrheit hat den grausigen Ernst der Lage gar nicht begriffen. Sie wählte eine ganz normale Regierung.

Draußen vor der Tür steht der Sozialismus und scharrt ungeduldig mit dem Teufelsfuß. Er wird sich gedulden müssen. Diese neue Bundesregierung aus SPD und FDP ist zu schwach, um auch nur jene „sozialistischen“, das heißt staatszentralen Lösungen zu suchen, die geboten wären. Sie wird den Weg des geringsten Widerstands gehen, und sie wird sich nur im Amt halten, weil und solange eine zahlenmäßig stärkere Regierung aus CDU/CSU und FDP noch schlechter wäre.

Dies vorausgeschickt: Es war, angesichts der ausfälligen Mobilisierung Kohl/Strauß, ein eindrucksvoller Sieg. Willy Brandt, unter für ihn demütigenden Bedingungen aus dem Amt ausgeschieden, hat seinen Nachfolger nahezu selbstlos unterstützt. Helmut Schmidt weniger Stimmen verloren als erwartet. Nach allen SPD-Skandalen, in Hessen vor allem, aber auch in München, Berlin und anderswo, hat die SPD unverdient gut abgeschnitten. Fast grenzt es an ein Wunder, nur durch Lockheed zu erklären, daß die Christen-Union den Hessen-Skandal nicht stärker ausgebeutet hat.

Erstaunen muß das nicht eben strahlende Abschneiden der FDP. Diese Partei hat kaum Fehler gemacht und dennoch Stimmen verloren. Sie bezahlt wohl für ihre Mittelstellung.

Wenn eine Partei mit dem Anspruch lebt, daß ohne sie keine Regierung gebildet werden kann, und wenn dieser Anspruch im allgemeinen honoriert wird, muß sie gefaßt sein, in Polarisierungswahlen Stimmen nach rechts und links abzugeben. Dies ist ihr Schicksal. Will sie es nicht bestehen, muß sie bei Strafe des Untergangs das Mehrheitswahlrecht nach englischem Muster fordern. Ein Drittes gibt es nicht.

Gott Dank hat die FDP derzeit einen Vorsitzenden, der das weiß. Sein Vorgänger, der das auch wußte, mag sich schmeicheln, durch eine rechtzeitige Anbiederung an Kohl und Strauß den irgendwann doch fälligen Absprung zur CDU jetzt schon gefunden zu haben. Nur hätte er dann nicht Bundespräsident werden, sondern im Geschirr bleiben müssen.

Zudem, er hätte dann mit Sicherheit ein schlechteres Wahlergebnis erzielt als der amtierende Vorsitzende mit seinem klaren und kompromißlosen Kurs, nicht 7,9 Prozent, sondern eher das Wahlergebnis von 1969 (5,8 Prozent).

Ganz allgemein kann man feststellen, daß Politiker und Parteien in der Regierung sich heute schneller verbrauchen als früher. Die SPD war zehn Jahre in der Bundesregierung, sieben Jahre in der Kanzlerschaft. Sie kann nicht darauf rechnen, bis 1980 oder gar darüber hinaus die Regierung zu führen. Der Wehner-Schmidt-Brandt-Opportunismus hat sich bezahlt gemacht, aber er hat auch seinen Preis.

Macht korrumpiert. Anders wäre nicht zu erklären, daß die SPD den Rücktritt ihres hessischen Unglücksvogels Albert Osswald in eben der Minute bekanntgab, als die Wahllokale die Türen schlossen. Am gleichen Abend bekam der mündige Wähler zu hören, Bundes- und Länder-Angelegenheiten hätten absolut nichts miteinander zu schaffen.

Gewinner gab es in Bonn diesmal keine. Schmidt nicht, weil die Koalition schwerlich lange hält; Kohl nicht, weil er, sei es in Bonn oder Rheinland-Pfalz, ein für ihn zu glitschiges Sprungbrett hat; Genscher nicht, weil er Stimmen verlor; Strauß nicht, weil er wenig Lust verspürt, seinen Einfluß mit einem Vizekanzler Genscher zu teilen.

In Schweden hat die neue Bürgerkoalition elf Sitze Mehrheit. Palmes Partei (42,8 Prozent) ist die stärkste. Stärkste Partei im Bundestag ist die SPD. CDU und CSU sind zwei Parteien mit zwei Spitzenkandidaten, deren Grundauffassung und Mentalität weniger übereingehen als die von Schmidt und Genscher.

Handelt es sich also um die neue Bundesregierung, so sollte man nur immer den Wahlspruch Helmut Kohls beherzigen: „Machen wir's den Schweden nach.“

schmälern. Friderichs: „Spannend wird, was passiert jetzt mit der SPD. Die Mehrheitsverhältnisse in der Regierung haben sich nicht geändert.“

Auch die Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern stützen den Kurs, den die Spitze offenbar nunmehr einschlägt. Die Liberalen berufen sich darauf, daß Verluste jeweils in Ländern mit links-orientierten Verbänden eingetreten sind, etwa wie in Hamburg (FDP minus 1,0), oder wo die FDP, wie in Hessen, unter der allzu linken SPD-Politik mitleiden mußte (FDP-Verlust: 1,6 Punkte). In NRW, Bayern und Schleswig-Holstein dagegen sei die FDP mit ihrem Mitte-Rechts-Kurs gut gefahren.

Repräsentanten des sozialdemokratischen Mitte-Links-Lagers gelobten be-

Auf der freidemokratischen Gegenseite wiederum geloben die Rechten, das Bündnis nicht ins Wackeln zu bringen und vor der Zeit die Koalition zu wechseln. Wirtschaftsminister Friderichs: „Ich mache keine Späßchen für zwei Jahre.“ Lambsdorff stimmt zu: „Ich würde dringend abraten, jetzt Strafgerichte einzuführen und nach Schuldigen zu suchen.“

Das Kuriose dieser Wahl: Einen Sieger gab es nicht. Denn trotz aller Begeisterung über den beträchtlichen Anstieg der CDU/CSU unter dem Kanzlerkandidaten Kohl mischten sich auch bei den Christen die ersten ärgerlichen Stimmen in den allgemeinen Jubelchor. Hessens Landesvorsitzender Alfred Dregger, militanter Vertreter der rechtsorientierten Südschiene der Union,

sieht nach dem Wahlergebnis vom 3. Oktober den Druck auf seinen Wunschpartner FDP wachsen.

Reichlich knapp wurde es für die Koalitionäre vor allem, weil es ihnen nicht gelang, vergrätzte SPD-Wähler von der FDP auffangen zu lassen: Wer der SPD überdrüssig war, wechselte direkt zur CDU über und ließ sich nicht von den Liberalen abwerben. Rund sechs Prozent der SPD-Wählerschaft von 1972 stimmte dieses Mal für die Union, nur ein Prozent ging zur Genscher-Partei.

Daß sich auch die FDP wider Erwarten unter den Verlierern von 1976 befand, ist vor allem dem Umstand zuzuschreiben, daß sie dieses Mal, da niemand die Liberalen an der Fünf-Prozent-Marke gefährdet sah, erheblich weniger Leihstimmen einfangen konnte. Entsprechend hoch fielen daher die FDP-Verluste in jenen Bundesländern aus, wo die Freien Demokraten 1972 besonders vom Stimmensplitting profitiert hatten, etwa in Hamburg und in Hessen.

Irritiert zeigten sich die Sozialdemokraten am Wahlabend von dem Votum der drei Millionen Erstwähler. Hatte die SPD 1972 die Konservativen bei den 18- bis 21jährigen klar auf die Plätze verwiesen, so liegen diesmal, laut einer Infas-Umfrage nach der Wahl, Christ- und Sozialdemokraten bei den Erstwählern gleichauf.

Bei der gesamten Jungwählerschaft, also den 18- bis 25jährigen, büßte die SPD laut Infas überdurchschnittlich viel ein; die Kohl-Partei hingegen holte sich bei den Junioren gegenüber 1972 zusätzliche sechs Prozent.

Noch schlimmer erging es der SPD bei den 35- bis 45jährigen: In dieser Altersgruppe, so taxierte Infas am Wahlabend, erlitten die Sozialdemokraten einen Einbruch von fast neun Prozent, während sie sich bei den 45- bis 60jährigen ganz achtbar hielten.

Nicht aufgegangen ist offenbar die CDU-Rechnung, mit Schockmeldungen über die angeblich miserable Lage der Rentenversicherung die Altenteiler in großen Scharen herüberzuholen. Denn bei den über 60jährigen blieben die SPD-Verluste mit gut drei Prozent im üblichen Rahmen.

Im Stich gelassen wurde die SPD am 3. Oktober allerdings von den Frauen, die 1972 den Sozialdemokraten scharenweise zugeströmt waren. Rund fünf Prozent weniger Wählerinnen gaben diesmal — laut Infas-Wahlnachfrage — der SPD ihre Stimme, wobei vor allem die jungen Damen der Schmidt-Partei untreu wurden.

Am besten zogen die christdemokratischen Wahlparolen nach ersten Analysen offenbar auf dem Lande. Freilich: Auch in vielen urbanen Hochburgen der SPD gab es Einbrüche — vor allem im Süden der Republik. In Mün-



CDU-Chef Kohl im Bundesrat: Gegenregierung mit der Länderkammer

reits am Wahlabend, sich künftig den Belangen der Schmidt-Genscher-Regierung unterzuordnen. Großzügig versprach die Juso-Chefin Heidemarie Wiczorek-Zeul, auf Abrechnung mit Rechten vom Schlage eines Hans-Joachim Vogel zu verzichten, der in seinem Landesverband Bayern ein von ihm selber als „miserabel“ bezeichnetes Ergebnis für die SPD einfuhr: „Ein Schlachtfest wird es nicht geben.“

Harry Ristock, Berliner Senator und Mitte-Links-Repräsentant, schließt sich an: „Die SPD wäre mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie jetzt linke und rechte Schuldige suchen würde.“ Und der Grenzgänger zwischen den Flügeln, der ehemalige Kanzleramtsminister Horst Ehmke: „Die Folgerung aus dem Wahlergebnis heißt erstens, zweitens, drittens und viertens: eiserne Disziplin in der Partei und Arschbakken zusammenkneifen.“

sprach es aus: „Sie sind der Sieger, Herr Kohl, es ist ja alles prima, aber es hat wieder nicht ganz gereicht.“

Trotz aller Erfolge drückt die Union der Zweifel, ob der letzte Prozentpunkt nicht auch noch hätte geholt werden können, wenn man „ein wenig mehr argumentativen Wahlkampf“ (der rheinland-pfälzische Sozialminister Heinrich Geissler) gewagt hätte.

Helmut Kohl freilich gab sich in der Wahlnacht als legitimer Erbe seines großen Vorbilds Konrad Adenauer, an dessen absoluter Mehrheit von 1957 er so nahe wie keiner vor ihm herangekommen war. Als Kohl gegen 23.30 Uhr in seinem Zimmer im Adenauer-Haus für sich und seine Mitarbeiter eine riesige Eisbombe bestellte, sah der Mainzer Herausforderer mit naiver Zuversicht in seine politische Zukunft: „Ich werde mich jetzt des Lebens freuen.“ Und er hat Grund dazu. Er

chen-Stüd beispielsweise rutschten sie von 46,9 auf 39,1 Prozent, in München-Mitte ging es von 48,1 auf 41,8 Prozent herunter.

Dagegen nehmen sich die Einbußen in den nordrhein-westfälischen Großstädten, wo CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf den Kampf um Bonn mit seiner hausgemachten Strategie gegen die Gewerkschaften geführt hatte, bescheiden aus. Im eigenen Bochumer Wahlkreis brachte es der CDU-Professor nur auf einen Zweitstimmen-Zuwachs von mageren 2,8 Prozent, im benachbarten Gelsenkirchen holten sich die Christdemokraten sogar nur 2,1 Prozent, die rote Konkurrenz hielt beachtliche 63,3 Prozent der Stimmen. Insgesamt blieb das nordrhein-westfälische Wahlergebnis mit einem CDU-Gewinn von 3,5 Prozent knapp unter dem Unions-Plus im Bundesdurchschnitt von 3,7.

Das erklärte Ziel der Union, die Wahl an der Ruhr für sich zu entscheiden, war damit trotz überdurchschnittlicher Gewinne auf der Südschiene verfehlt (CDU/CSU 48,6 Prozent, SPD 42,6 Prozent, FDP 7,9 Prozent). Also: Dritte Auflage der SPD/FDP-Koalition, die mit ihren acht Stimmen Mehrheit wahrscheinlich stabiler dasteht als das erste sozialliberale Bündnis von 1969. Insofern bleibt in Bonn wenigstens fürs erste alles beim alten.

Auch sein Kabinett will der Kanzler bis auf weiteres nach Möglichkeit nicht verändern. Zunächst jedenfalls soll es erst einmal im selben Trott weitergehen, den Schmidt vor zweieinhalb Jahren eingeschlagen hatte, als er von Willy Brandt das Kanzleramt übernahm. Vorrang hat die Alltagspolitik des Krisenmanagements, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Inflation.

Wo dringende Reformen anstehen, wird sich auch die zweite Regierung Schmidt mit kleinen Schritten begnügen. Knappe Kasse und Rücksicht auf Genschers Freidemokraten liefern, wie bisher schon, dem Kanzler die Argumente gegen den gesellschaftspolitischen Reformeifer der sozialdemokratischen Basis.

Zugleich aber muß Helmut Schmidt das Risiko gering halten, daß die Kluft zwischen Kanzler und Partei noch größer wird. Deshalb will der Kanzler um des Parteifriedens willen den Linken ein wenig entgegenkommen, freilich zu einem Zeitpunkt, den Schmidt bisher nicht zu bestimmen vermochte. Dann sollen ein Kabinettsrevirement und ein sanfter Reformschub etwas progressiven Dekor bringen.

Voraussetzung für den geplanten Umbau der Regierungsmannschaft ist der Rücktritt Herbert Wehners vom Amt des SPD-Fraktionsvorsitzenden, der Schmidt die Gelegenheit böte, seinen Vertrauensmann, Finanzminister Hans Apel, an diese wichtige Schaltstelle zu befördern.



Schmidt-Helfer Brandt: Schutzpatron für den Sieger?

Voraussetzung für neue Aktivität in der Gesellschaftspolitik: Die leere Bundeskasse müßte wieder gefüllt sein.

Ob die Genossen den Pragmatiker Schmidt so billig davonkommen lassen, ist noch nicht ausgemacht. Werden sich die Sozialdemokraten wie bisher innerparteiliche Kontroversen um Programme und Theorien verkneifen und hinnehmen, daß der Regierungschef um der Macht willen die Rücksicht auf den Koalitionspartner wichtiger nimmt als die Sorge um die Identität der eigenen Partei? Parteivorständler Erhard Eppler: „Wir müssen das Versäumte nachholen und endlich aussagen, wie diese Partei die Probleme der Gesundheitspolitik, der strukturellen Arbeitslosigkeit, des öffentlichen Dienstes, des Nord-Süd-Konflikts eigentlich lösen will.“

Bei seinem Versuch, den Riß zu kitzen, muß Schmidt sich mit dem Vorwurf der Genossen auseinandersetzen, er habe den Orientierungsrahmen für die Zeit bis 1985, als Wegweiser für eine Zukunft mit mehr Problemen, aber weniger Geld gedacht, so zurechtgestutzt, daß kaum mehr als eine Fortschreibung seines dünnen Regierungsprogramms übriggeblieben sei. Sie stoßen

sich daran, daß der Kanzler der Partei seine Wahlkampfplattform aufzwang.

Dennoch focht die Linke aus Partei-
rason im Wahlkampf für Schmidts „Modell Deutschland“, zumal die Unionsparole „Freiheit statt/oder Sozialismus“ dem Kanzler die Unterstützung auch seiner innerparteilichen Kritiker einbrachte. Altsozialist und SPD-Vorstandsmitglied Harry Ristock: „Das hat bis in die resignierende Linke zündend gewirkt.“

Schmidts wichtigster Helfer, zu seiner eigenen Überraschung, war Vorgänger Willy Brandt, den die SPD-Linken immer noch als Schutzpatron verehren. Seinem Einsatz hat es der Sieger zu danken, daß die Genossen im Vorstand und an der Basis fast alles schluckten, was der Kanzler verordnete.

Viele Sozis machen Schmidt dennoch für das Umfrage-Ergebnis verantwortlich, nach dem vier Fünftel der Bürger im zurückliegenden Wahlkampf die Politik der Sozialliberalen kaum noch von konservativen Aussagen und Programmen unterscheiden konnten. Nicht nur linke Genossen wünschen sich deshalb von ihrem Vorsitzenden, daß er künftig nach einer

zwischen Regierung und Parteizentrale abgestimmten „Strategie des kalkulierten Konfliktes“ (ein SPD-Vorstandsfunktionär) Ziele sozialdemokratischer Politik wieder stärker von Koalitionskompromissen abhebt. Mit anderen Worten: Was die SPD will, soll Brandt, was in der Koalition möglich ist, soll Schmidt verkünden.

An Stoff für unterschiedliche Darstellung wird es nicht fehlen — besonders in der Wirtschaftspolitik. Denn trotz wieder steigender Wachstumsraten werden die Verteilungskämpfe härter werden als in der Vergangenheit.

Unumstritten in der Partei ist: Öffentliche Mittel gibt es nur noch für Betriebe, die damit tatsächlich neue Arbeitsplätze schaffen. In der Lohnpolitik wollen besonders die Linken die Gewerkschaften dazu animieren, daß die Bezieher niedriger Einkommen

Selbst wenn es Schmidt gelingt, den Ärger mit der eigenen Partei gering zu halten, wird ihm das Regieren schwer werden. Denn mit Hilfe des unionsbeherrschten Bundesrats will Verlierer Kohl die Sozialliberalen in die Knie zwingen.

In der Länderkammer hat die CDU/CSU mit ihrer Mehrheit von 26 zu 15 Stimmen nicht nur die Möglichkeit, die Geschäftsordnung zu bestimmen und entscheidungsreife Vorlagen an die Ausschüsse zurückzuweisen. Sie hat vor allem im wichtigen Vermittlungsausschuß, der bei Differenzen zwischen Bundesrat und Bundestag vermittelt und Einigungsvorschläge ausarbeitet, mit der SPD/FDP-Koalition gleichgezogen (elf zu elf Stimmen). Die Regierung hat so keine andere Wahl, als sich bei allen zustimmungspflichtigen Gesetzen mit der Union zu verständigen.

bislang in Hannover und Saarbrücken ohne Mehrheit regierenden CDU Koalitionen eingehen, läßt sich eine entsprechende „Wohlfahrtsklausel“ im Bundesrat durchsetzen. Die CDU-Ministerpräsidenten könnten im Bundesrat dann nur mit Genehmigung der FDP ihre Stimme abgeben.

Kohl möchte deshalb lieber Neuwahlen im Saarland und in Niedersachsen erzwingen. Schafft die CDU die absolute Mehrheit in diesen Ländern, ist die Bonner Opposition ihrem Traumziel, der Zweidrittel-Mehrheit in der Länderkammer, ein gutes Stück näher: Dann reicht ein Regierungswechsel in Hessen vom bislang skandalbelasteten SPD/FDP-Bündnis zu einer Bürgerkoalition CDU/FDP aus, um im Bundesrat mit einem Stimmen-Verhältnis von 30:11 Stimmen zugunsten der Union die gesamte Gesetzgebungsarbeit der Bonner SPD/FDP-Koalition abzuwürfen.

Laut Grundgesetz kann der Bundesrat mit einer Zweidrittel-Mehrheit nämlich auch nichtzustimmungspflichtige Gesetze stoppen.

Kohls Hessen-Plan könnte schon nach dem Austausch des SPD-Filzokraten Albert Osswald gegen den SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner gelingen.

Der CDU-Chef hofft darauf, daß sich dann bei der Wahl im Landtag das Niedersachsen-Wunder wiederholt, als CDU-Kandidat Ernst Albrecht dank zweier Stimmen aus den Reihen der alten SPD/FDP-Koalition Ministerpräsident wurde. Und wie Albrecht dürfte ein liberaler CDU-Kandidat Walther Leisler Kiep, gegen den rechtslastigen Alfred Dregger ausgetauscht, auf FDP-Sympathisanten hoffen — die CDU würde dann in Wiesbaden an die Regierung kommen.

Bleibt das hessische SPD/FDP-Bündnis jedoch bestehen, rechnet Kohl gleichwohl damit, daß die Union bei den nächsten Landtagswahlen 1978 den nicht allzu großen Schritt von jetzt 47,3 Prozent zur absoluten Mehrheit schafft.

Der Unionsführer kann so die Koalition durch Blockade-Strategie zermürben. Während sich Schmidt verschleißt, wartet Kohl auf seine Chance.

Ohnehin, so glaubt Kohl von sich selbst, sei er der einzige, der die Liberalen nach zehn Jahren wieder in eine Bürger-Koalition zurückholen könne. Er, so zitiert der CDU-Vorsitzende den FDP-Bundespräsidenten Walter Scheel, halte jenen „Zipfel“ in der Hand, „von dem aus das ganze Tisch-tuch in der Bundesrepublik gewendet wird“. Nur wenn erst einmal die rechten Figuren abgeräumt seien — Karl Carstens in Pension und Franz Josef Strauß als Goppel-Nachfolger in der bayrischen Staatskanzlei —, werde den



SPD-Fraktionschef Werner: Platz machen für Apel?

durch lineare Erhöhungen künftig stärker begünstigt werden — eine Politik, die Schmidt mit Sicherheit schon aus Rücksicht auf die FDP und deren Upper-class-Anhängerschaft nicht ohne weiteres mitmachen wird.

Zugleich wollen die Parteilinken, allen voran die Jungsozialisten, ihre alte Doppelstrategie in gemilderter Version wiederaufnehmen: in der Partei ein bißchen die Theorie-Diskussion mit Reiz-Vokabeln wie „Vergesellschaftung“ und „Investitionskontrolle“ beleben, aber vor allem bürgernah arbeiten, etwa bei der Beratung von Mietern und dem Einsatz für die Erhaltung gewachsener Stadtkerne. Auch die Tabu-Themen der Ämterpatronage und Filzokratie stehen auf dem Programm der Junioren.

Schmidt, der die Unionsblockade im Bundesrat für „illegitim“ hält, will versuchen, Kohls Vetopolitik zu unterlaufen. Als Druckmittel dient ihm die notorische Finanznot einiger CDU-regierter Länder, die ohne Überweisungen aus Bonn nicht leben können. Überdies will der Kanzler Order geben, Gesetzestexte künftig so geschickt zu fassen, daß ihnen die Länderkammer nicht mehr zustimmen muß.

Doch wichtige Vorhaben wie etwa die geplante Mehrwertsteuer-Erhöhung lassen sich auch durch Formulierungstricks nicht an der Ländervertretung vorbeimogeln. So bleibt nur der Ausweg, die von der Union beherrschte Gegenmacht weitgehend zu neutralisieren — wenn FDP oder SPD mit der

Freidemokraten der Abschied von der SPD leichter fallen.

Auf die rasche Hilfe der Freidemokraten kann er dabei kaum rechnen. Genscher und sein Vize Hans Friedrichs winkten, zunächst jedenfalls, einmal ab. Ihre FDP liegt fest auf SPD-Kurs, seit der Freiburger Wahlpartei-tag Genscher zur Fortsetzung der Koalition ermächtigt hat. Und im Wahlkampf hatte der FDP-Chef sein Gelöbnis noch bekräftigt: Selbst bei knappem Wahlausgang solle nicht gewackelt werden — denn „Mehrheit ist Mehrheit“.

Genscher konnte gar nicht anders. Zwei Drittel der FDP-Basis, so belegen Umfragen, wollen allein mit der SPD gehen. Der FDP-Vorsitzende konsequent: „Wenn wir die Absicht haben, die sozialliberale Politik mit der SPD zusammen fortzuführen, meinen wir das für die ganze kommende Legislaturperiode, nicht für die halbe.“

Erst wenn sich der Parteibasis und der Wählerschaft nach dem Stimmenrückgang vom 3. Oktober die Einsicht aufdrängen sollte, die FDP müsse um des Staatswohles willen nun doch zur CDU/CSU wechseln, kann Genscher seine Zusage revidieren — etwa wenn Kohls Veto-Taktik im Bundesrat Bonn tatsächlich unregierbar macht. Doch selbst dann würde eine wichtige Gruppe in der FDP-Führung auf eine Bedingung nicht verzichten wollen: Franz Josef Strauß dürfte nicht am Kabinetts-tisch sitzen.

Doch dieses Manöver bleibt vorerst nur Sandkasten-Spielerei. Franz Josef Strauß ist nicht das Problem der FDP, sondern bleibt das Problem von Helmut Kohl.

Der überwältigende Wahlsieg des Bayern und das gediegene Abschneiden seiner Gesinnungsfreunde Alfred Dregger in Hessen und Hans Filbinger in Baden-Württemberg bringen den CDU-Chef in eine mißliche Lage. Die drei Hartmacher standen in der Union für Konfrontation statt Argumentation. Die drei haben ihren Wahlkampf mehr an dem orientiert, was Strauß in Sonthofen verkündet, und weniger an dem, was die CDU auf ihrem letzten Mannheimer Parteitag an Reformpolitik beschlossen hatte.

Die Südschiene hatte Kohl den Slogan „Freiheit statt/oder Sozialismus“ aufgezwungen. Und auch in der kommenden Legislaturperiode wollen Strauß, Dregger und Filbinger die Union im Bonner Bundeshaus zu scharfer Gegnerschaft treiben — bis hin zur Obstruktion. Ihr Schlachtplan: Man müsse die Koalition aus SPD und FDP so hart attackieren, bis sie auseinanderbreche, um so die Freidemokraten auf dem Wege der Kapitulation ins Unionslager zu ziehen. Strauß in der Wahlnacht: „Es handelt sich um eine

Entwicklung, die über viele Jahre geht. Für die FDP beginnen jetzt härtere Tage als für uns.“

Die härtesten Tage beginnen für Helmut Kohl. Schon meldeten sich die Kritiker aus den eigenen Reihen zu Wort, die in dem Sonthofener Wahlkampf-Stil den Grund dafür sehen, daß ihm am 3. Oktober fünf Mandate zur Kanzlerschaft fehlten. Noch in der Wahlnacht warfen sie Generalsekretär Biedenkopf vor, er habe die Waffen gewechselt und, statt mit Argumenten, nach Strauß-Manier mit dem Knüttel gekämpft.

Auf dem linken Unionsflügel beklagte sich Kohls enger Vertrauter, der Mainzer Gesundheits- und Sozialminister Heinrich Geissler, über zuviel Holzerrei und zuwenig Programm im Wahl-

Nur mit einer einzigen Marscherleichterung kann der verlorene Gewinner rechnen: Seine persönliche Alternative, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, schnitt so schlecht ab, daß er Kohl in seinem Unions-Führungsanspruch nicht mehr gefährden kann.

In Kohls FDP-Konzept paßt freilich nicht hinein, was Franz Josef Strauß jetzt wieder auspackt. Er verweigert ein eindeutiges Nein zur Frage, ob er seine Pläne für eine bundesweite CSU nun begraben habe.

Statt gemeinsam mit Kohl um die FDP zu werben, will er die Freidemokraten mit dem Vorwurf unter Druck halten, sie wären als Blockpartei auf die Sozis festgelegt und dagegen helfe nur eine vierte, konservative Partei.



Aus dem STERN

„Ich gönne Ihnen ja Ihren Wahltriumph, Herr Strauß — aber mußten Sie das Siegerdenkmal direkt vor meinem Büro errichten lassen?“

kampf: Statt nur die Angst vor dem Sozialismus zu schüren, hätte die CDU über Partner-Rente, Erziehungsgeld und die von ihm erfundene neue soziale Frage diskutieren müssen. Geissler: „Es war ein großer Fehler, auf den argumentativen Wahlkampf zu verzichten.“

Lob vom CSU-Chef für die Hackerei blieb freilich aus. Strauß verteilte Zensuren: In Schleswig-Holstein und in Niedersachsen habe das Abschneiden der CDU eben „nicht gereicht“, auch in Nordrhein-Westfalen sei es „nicht ganz ausreichend“ gewesen. Hessen dagegen benotete Strauß mit „hervorragend“, Baden-Württemberg mit „gut“, und Bayern mit „phänomenal“.

Kohl steht nun vor der schwierigen Aufgabe, die Einheit der Union zu wahren, die Koalition mit Obstruktion im Bundesrat zu sprengen und zugleich die Union zur FDP offen zu halten.

Für den Abend des 3. Oktober hatte sich Strauß in München-Riem eine Charter-Maschine bereitstellen lassen, die ihn gemeinsam mit 15 Vertrauten in nächtlichem Blitzflug zur Machtübernahme nach Bonn transportieren sollte. Geplante Abflugzeit: 22 Uhr. Das Kennzeichen der Maschine war die Buchstabenkombination EWK — „Er Wird Kanzler“, frozelten Strauß-Freunde.

Der Flug wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Gleichwohl wird Kohl seinen Hintermann nicht los. Strauß: „Der Lauf der Dinge in Bonn geht nicht ohne meine Mitwirkung.“

Ob es ohne einen Bundestagsabgeordneten Kohl geht, ob der Mainzer in Wartestellung in Mainz bleibt, beantwortete er in der Wahlnacht sibyllinisch: „Ich will Bundeskanzler werden in dieser ganz konkreten Situation.“